

Demografischer Wandel – ändert Zuwanderung den Trend?

Die neue Migration nach Deutschland – sozioökonomisch betrachtet

Peter Bartelheimer, Marc Ingo Wolter

Die seit Jahren hohe Zuwanderung nach Deutschland und die aktuelle Flüchtlingsmigration haben Orientierungsmarken der demografischen Entwicklung verschoben. Der vorausberechnete Bevölkerungsrückgang findet erst später statt, das Erwerbspersonenpotenzial ist größer und jünger als erwartet, und es gibt mehr Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen bzw. im Ausbildungsalter als bisher angenommen. Gleichzeitig wirken langfristige demografische Trends fort. Die ansässige Bevölkerung altert, ebenso die Belegschaften in vielen Betrieben, am Arbeitsmarkt gibt es berufsspezifische Engpässe. Welche Rolle spielt Migration für die zukünftige sozioökonomische Entwicklung Deutschlands? Bleibt die hohe Zuwanderung der letzten Jahre eine Ausnahmesituation? Was bedeutet sie für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt, die öffentlichen Haushalte und die Regionalentwicklung? Ein Beitrag aus der Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland (www.soeb.de) geht der Frage nach, wie man das Zuwanderungspotenzial und seine sozioökonomischen Folgen abschätzen kann.

1. Bevölkerungsentwicklung – Ende der Eindeutigkeit

In der Diskussion über die Bevölkerungsentwicklung herrschte lange eine klare Arbeitsteilung zwischen der Demografie und den übrigen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Die demografischen Befunde galten als eindeutig: Aus Altersaufbau, Geburtenhäufigkeit und Lebenserwartung ergibt sich eine langfristige und beständige Schrumpfung und Alterung der deutschen Gesellschaft. Soziologische und ökonomische Analysen beschäftigten sich damit, wie sich Unternehmen, Arbeitsmarkt, soziale Sicherungssysteme und Kommunen an diese Entwicklungen anpassen.

Dass Deutschland Einwanderungsland ist, wurde zwar seit der letzten Zuwanderungswelle Anfang der 90er Jahre politisch mehrheitlich anerkannt. Doch Projektionen des demografischen Wandels gehen weiter davon aus, dass die Migration nur sehr eingeschränkte Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung haben kann (Statistisches Bundesamt 2016). Die unerwartet hohe Zuwanderung nach Deutschland in den Jahren 2014 und 2015 gibt Anlass, diese demografische Grundüberzeugung zu überprüfen. Dass Prognosen unsicherer werden und der Korridor möglicher Entwicklungen breiter wird, verleiht auch der Forderung nach einer stärker interdisziplinär ausgerichteten Bevölkerungswissenschaft neue Aktualität, die

den demografischen Wandel nicht als „unaufhaltsames Schicksal“ voraussetzt, sondern ihn selbst zum Gegenstand ökonomischer und soziologischer Analysen macht (Kaufmann 2005: 36 ff., 167).

Der Dritte Bericht zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland (soeb 3) nutzt ein in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforchung (GWS) entwickeltes System der sozioökonomischen Modellierung, um Einflussfaktoren und ihre Wirkungen zu identifizieren und um alternative Entwicklungsszenarien zu vergleichen. Sozialwissenschaftliche Umfragedaten und Datensätze der Arbeitsmarktstatistik werden herangezogen, um die hoch aggregierten Daten der ökonometrischen



Abb. 1: Auswanderer aus Österreich-Ungarn bei der Abreise in Triest zu Beginn des 20. Jahrhunderts (links); Flüchtlinge in Ungarn in der Nähe der serbischen Grenze 2015 (rechts)

Quelle: Siehe Impressum, S. 24

Modelle ausdifferenzieren und durch Verteilungsinformationen zu ergänzen. Die Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung ist ins Modell integriert. Welche Bedeutung wird die Zuwanderung für die zu modellierende sozioökonomische Entwicklung haben?

Eine neue amtliche Bevölkerungsvorausberechnung

Viele politische Diskussionen und Entscheidungen der letzten Jahre, etwa die Rentenreform, Reformen der Kranken- und Pflegeversicherung, die Demografiestrategie und das Fachkräftekonzept der Bundesregierung beruhen auf der Bevölkerungsvorausberechnung der amtlichen Statistik. Seit April 2015 liegt eine neue Projektion bis 2060 vor. Die letzte, 2009 veröffentlichte Prognose ging noch davon aus, dass sich die jährlichen Wanderungsgewinne, also der Saldo von Zuzügen und Wegzügen, in einem Korridor zwischen 100.000 und 200.000 bewegen würden. Doch nach 2010 begann eine neue Phase der Migration nach Deutschland, die Zahlen liefen diesen Annahmen davon. Die aktuelle 13. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (Statistisches Bundesamt 2015a) nimmt nun für 2014 und 2015 eine Nettozuwanderung von

stabil. Als Zuwanderung wird ab 2021 ein Wanderungssaldo von noch 200.000 angenommen.

Bereits diese konservativen Annahmen ändern das fest gefügte Bild einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft: Die Bevölkerung wird danach noch bis 2020 wachsen, und noch 2030 werden in Deutschland mit 80,9 Millionen mehr Menschen leben als im Zensusjahr 2011. Die bildungspolitisch wichtige Zahl der Kinder unter 15 Jahren stabilisiert sich bis 2030, und die Bevölkerung im Erwerbsalter von 20 bis unter 65 Jahren geht erst nach 2020 zurück.

Eine neue Phase der Zuwanderung

Dass die aktuell hohe Zuwanderung die demografischen Trends der Alterung und Schrumpfung nicht umkehrt, sondern nur verschieben kann, trifft sicher weiterhin für eine langfristige Vorausberechnung bis 2060 zu. Nur: Für den besser absehbaren und politisch gestaltbaren Zeitraum bis 2030 ist der Befund weniger eindeutig.

Die Migrationsrealität hat bereits 2014 auch die angepassten Annahmen der amtlichen Statistik wieder überholt

mit ausländischer Staatsangehörigkeit nach Deutschland. Die Nettozuwanderung von etwa 700.000 entfiel zur Hälfte auf EU-Binnenwanderung: zu etwa 40 Prozent auf die Länder, die in die Osterweiterung der Europäischen Union (EU) einbezogen wurden und für die seit kurzem uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt, zu etwa 8 Prozent auf die von der Wirtschafts- und Schuldenkrise besonders betroffenen südeuropäischen EU-Länder Griechenland, Italien, Portugal und Spanien (sog. „GIPS-Staaten“). Die Herkunftsländer der Fluchtmigration – insbesondere Syrien, Afghanistan und Irak – trugen mit einem Drittel zur Nettozuwanderung bei. Ihr Anteil ist weiter gestiegen: 2015 wurden im EASY-System des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge 1,1 Millionen Flüchtlinge neu erfasst, die zu etwa 39 Prozent aus Syrien kamen. Die sozioökonomische Modellierung geht derzeit für den Zeitraum 2015 bis 2020 von 2,0 Mio. zuwandernden Flüchtlingen aus, von denen bei einer durchschnittlichen Schutzquote von 65 Prozent 1,5 Millionen dauerhaft in Deutschland bleiben könnten (Sonnenburg/Stöver et al. 2016). Dabei ist bereits berücksichtigt, dass die Grenzsicherungen zum Balkan und die Einigung der EU mit der Türkei die Flüchtlingszahlen zumindest vorübergehend deutlich absenken. Die letzten veröffentlichten Modelle des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit nehmen für 2015 und 2016 noch eine Fluchtmigration von jeweils einer Million Personen an (IAB 2015a, 2015b).

Potenzial für anhaltend hohe Zuwanderung

Um die Wirkung der Zuwanderung besser zu berücksichtigen, sind genauere Modelle erforderlich. Zum einen trifft die amtliche Bevölkerungsvorausberechnung nur Annahmen zum Wanderungssaldo. Projektionen sollten aber schon wegen der unterschiedlichen politischen Gestaltungsmöglichkeiten Zu- und Abwanderung getrennt abschätzen. Zum anderen unterstellen die vom Statistischen Bundesamt berechneten Varianten weiter eine vorübergehende Ausnahmesituation. Der als Variante „stärkerer Zuwanderung“ für die Zeit nach 2021 angenommene



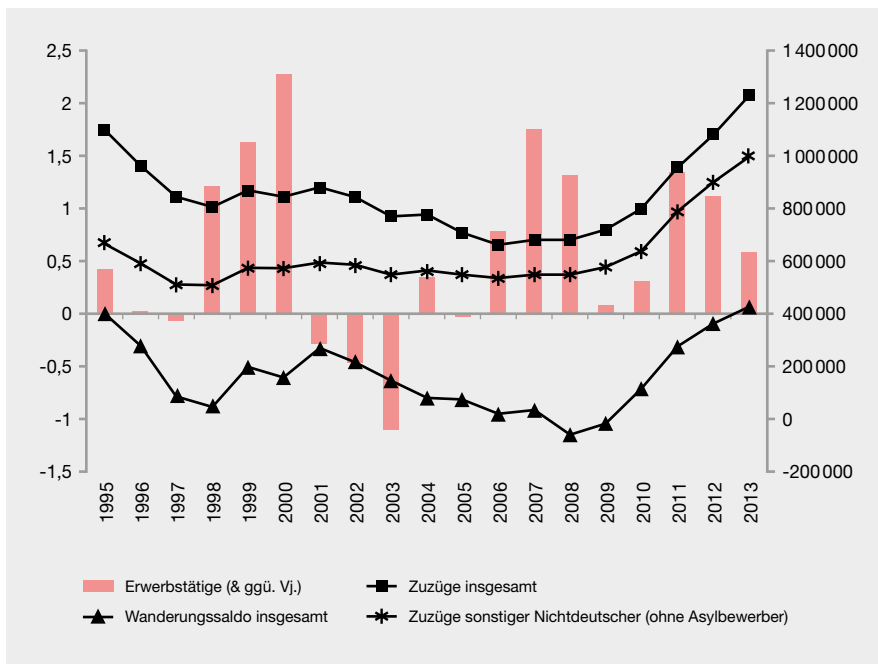
Quelle: Siehe Impressum, S. 24

Abb. 2: Flüchtlingstrecken von Schwarzmeerdeutschen 1944 in Ungarn (links); Immigrant/innen beim österreichisch-deutschen Grenzübergang Wegscheid 2015 (rechts)

je 500.000 Personen an, die dann bis 2020 wieder sinkt. Sie berücksichtigt zudem den durch den Zensus 2011 korrigierten Bevölkerungsstand. Nach der Prognosevariante 2 „Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung“ bleiben Trends der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburtenrate von 1,4 Kindern je Frau, weiter zunehmende Lebenserwartung)

(Statistisches Bundesamt 2015b), und für die ersten neun Monate des Jahres 2015 weist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bereits eine Nettozuwanderung von 830.000 ausländischen Staatsangehörigen aus (BAMF 2016).

Bereits 2014 kamen nach dem Ausländerzentralregister 1,1 Mio. Personen



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

Diagramm 1: Zuwanderung und Arbeitsmarktkonjunktur

Wanderungssaldo von 200.000 entspricht einem Durchschnittswert von 1954 bis 2013. Schon wenn man stattdessen den kürzeren Stützzeitraum von der Wiedervereinigung bis 2014 zugrunde legte, wäre ein höherer Durchschnitt von 246.000 in die Rechnung einzustellen. Da aber das Wanderungsgeschehen starken Schwankungen unterliegt, verdeckt der Durchschnitt die Triebkräfte der neuen Migrationsperiode.

Zum einen ist zu berücksichtigen, dass Deutschland die Krise des Jahres 2009 besser bewältigt hat als andere Staaten und der deutsche Arbeitsmarkt sich seither positiv entwickelt. Auch wenn die Zuwanderung in den letzten Jahrzehnten nicht mehr so eng der Arbeitsmarktkonjunktur folgt wie in Westdeutschland bis 1990, entwickeln sich seit 2010 Beschäftigung und Zuwanderung deutlich in die gleiche Richtung. Allerdings hat der Zuwachs der Anzahl der Erwerbstätigen bereits früher begonnen. Seit 2006 sind die Veränderungsraten positiv. Das gilt selbst im Krisenjahr 2009. Deutschland ist schon aus ökonomischen Gründen ein bevorzugtes Zielland für Migration (vgl. Diagramm 1).

Zum anderen ist zu fragen, wie lange die Ursachen für Arbeits- und Fluchtmigration in den Herkunftsländern anhalten können. Für eine Projektion können wenigstens drei länderspezifische

Migrationsdynamiken unterschieden werden (vgl. Gorodetski/ Mönnig et al. 2016):

- Für Länder mit einem vorwiegend demografischen Auswanderungspotenzial wird die Alterszusammensetzung als entscheidende Einflussgröße für die zukünftige Zuwanderung angenommen.
- Für Länder mit vorwiegend sozioökonomischen Wanderungsmotiven kann projiziert werden, wie sich das wirtschaftliche Gefälle zwischen der Entwicklung in Deutschland und im Herkunftsland entwickelt.
- In Ländern mit vorwiegend politisch bedingtem Wanderungspotenzial ist heute davon auszugehen, dass Fluchtgründe wie Krieg, Bürgerkrieg, Verfolgung fortbestehen.

Für die mit Abstand größte Gruppe der Länder, die wenig zur Zuwanderung nach Deutschland beitragen und geringe Migrationsdynamik aufweisen, können die Auswanderungsquoten von 2007 bis 2014 nach Alter und Geschlecht fortgeschrieben werden. Für 17 europäische Länder, darunter die meisten Länder der EU-Osterweiterung sowie die „GIPS-Staaten“ Südeuropas, ergeben die Ländermodelle ein künftig wieder abnehmendes wirtschaftliches Gefälle zu Deutschland, sodass die sozioökonomisch motivierte Zuwanderung wieder auf den langfristigen länderspezifischen

Durchschnitt absinken dürfte. Bei 17 Ländern dagegen werden anhaltend hohe Auswanderungsquoten angenommen; hierzu zählen vor allem politisch instabile Staaten, aber aus sozioökonomischen Gründen auch Rumänien und – aufgrund der Annahme, dass sich Handlungsbeziehungen weiter vertiefen – für die USA und Kanada.

Das auf diese Weise geschätzte Potenzial der Zuwanderung nach Deutschland läge nach der beschriebenen Projektion 2030 nur um 8,5 Prozent unter der 2014 beobachteten Zuwanderung. Dabei würde sich die Zusammensetzung des Migrationspotenzials deutlich ändern: Afrika und Vorderasien werden als Herkunftsregionen an Bedeutung gewinnen, bei der EU-Binnenmigration wird nur aus Rumänien eine steigende Zuwanderung erwartet.

Bereits die Zuwanderung der letzten Jahre hat die Gesellschaft polarisiert und scharfe politische Gegenbewegungen auf den Plan gerufen. Ob es zu weiterer Zuwanderung in Millionenhöhe kommt, wird daher auch von politischen Entscheidungen abhängen: Wie realistisch ist Abschottungspolitik? Wie wird Zuwanderung im EU-Rahmen politisch reguliert? Wie wird der Familiennachzug geregelt? Welche Erfolge haben Friedensbemühungen und Konfliktlösung in den Fluchtländern? Dass die Migration von selbst auf ein quasi natürliches, langfristiges Durchschnittsniveau zurückgeht, ist aber vorläufig keine realistische Annahme.

In der Vergangenheit folgte auf hohe Zuwanderung – außer bei den Spätaussiedlern Anfang der 90er Jahre – zeitversetzt stets eine hohe Rückwanderung. 2013 wanderten 49 Prozent der Zuwanderer binnen eines Jahres wieder aus (BAMF 2015: 112). Für die erwerbs- oder ausbildungsorientierte EU-Binnenmigration hängt die Aufenthaltsdauer von der sozioökonomischen Entwicklung ab, für die Zuwanderung aus Drittstaaten wird sie durch die gewährten Aufenthaltstitel und die Schutzquoten von Flüchtlingen migrationspolitisch reguliert. Doch hohe Zuwanderung kann auch dann die Bevölkerungszusammensetzung verändern, wenn ihr hohe Abwanderung folgt: Die Zuwanderer sind jünger

als die ansässige Bevölkerung, und die verschiedenen Gruppen bleiben unterschiedlich lange in Deutschland. 2014 lag der Anteil der Zuwanderer unter 25 Jahren mit knapp 40 Prozent um das Doppelte über dem Anteil der Altersgruppe im Bevölkerungsbestand (24 Prozent). Dass sich selbst bei einem langfristig sinkenden Wanderungssaldo der Altersaufbau der Bevölkerung verjüngen kann, hat Konsequenzen für das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt.

2. Sozioökonomische Folgen der Zuwanderung

Höhere Zuwanderung wirkt gesamtwirtschaftlich belebend (Sonnenburg/Stöver et al. 2016, Stöver/Wolter 2015). Wesentliche Wirkungskanäle sind die höhere private und staatliche Nachfrage nach Konsumgütern, höhere Wohnungsbauinvestitionen und ein größeres Produktionspotenzial wegen eines wachsenden Erwerbspersonenpotenzials. Auch für die Fluchtmigration gilt: Transferzahlungen und Versorgung belasten die öffentlichen Haushalte, lösen jedoch zugleich Nachfrage und Beschäftigung aus. Die Teilhabeeffekte für die Zugewanderten und die sozioökonomischen Wirkungen hängen allerdings wesentlich von der Qualität der Erwerbsbeteiligung und der

Wohnungsversorgung ab – Größen, die migrationspolitischer Gestaltung unterliegen. Zudem gibt es viele Unbekannte, die eine genauere Modellierung der Effekte erschweren. Daher hat der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten für „evidenzbasierte Analysen und wissenschaftliche Beratung“ zur Flüchtlingszuwanderung einen „besseren Zugang der Wissenschaft zu den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erhobenen Daten“ gefordert (RatSWD 2015).

Übergänge in Ausbildung und Erwerbstätigkeit

Wie wirkt die Zuwanderung auf das Beschäftigungssystem? Für die Analyse sind Nachfrageeffekte, Angebotseffekte und Integrationseffekte zu unterscheiden (BA-Statistik 2016, Sonnenburg/Stöver et al. 2016).

Aufgrund von Nachfrageeffekten wird bis 2020 im Baugewerbe, bis 2030 in der öffentlichen Verwaltung, im Bildungssystem und anderen Dienstleistungssektoren die Beschäftigung deutlich über den bisherigen Annahmen liegen (Stöver/Wolter 2015).

Unter Berücksichtigung von Altersstruktur, Erwerbsverhalten und

Wegzügen würde die vom IAB angenommene Nettozuwanderung von jeweils einer Million in 2015 und 2016 (vgl. oben) das Arbeitskraftangebot um etwa 930.000 Personen erhöhen (IAB 2015a). Der Angebotseffekt der Migration wirkt stärker als die demografische Alterung und als der „Verhaltenseffekt“ zunehmender Erwerbstätigkeit von Frauen und Älteren (vgl. Fuchs/Kubis et al. 2015), so dass nach den IAB-Annahmen das Erwerbspersonenpotenzial unter Berücksichtigung gegenläufiger Effekte insgesamt um 430.000 steigen würde: Die negative Wirkung der Alterung wird gedämpft, anfangs sogar überkompensiert, und der demografische Rückgang setzt später und von höherem Niveau aus ein als bisher angenommen. Damit entsteht zukünftig unter anderem ein potenzieller Spielraum für eine Umverteilung, Verkürzung und Flexibilisierung von Arbeitszeit (Stöver/Wolter 2015). Dies ist bedeutsam, da bestehende Modellierungen ohne eine erhöhte Zuwanderung bis 2030 von der Notwendigkeit ausgehen, Arbeitszeiten entgegen dem Trend der letzten 20 Jahre wieder zu verlängern, um die demografisch bedingt rückläufige Zahl an erwerbsfähigen Personen zum Teil wieder auszugleichen (z. B. Maier/ Zika et al. 2014, Prognos 2015).

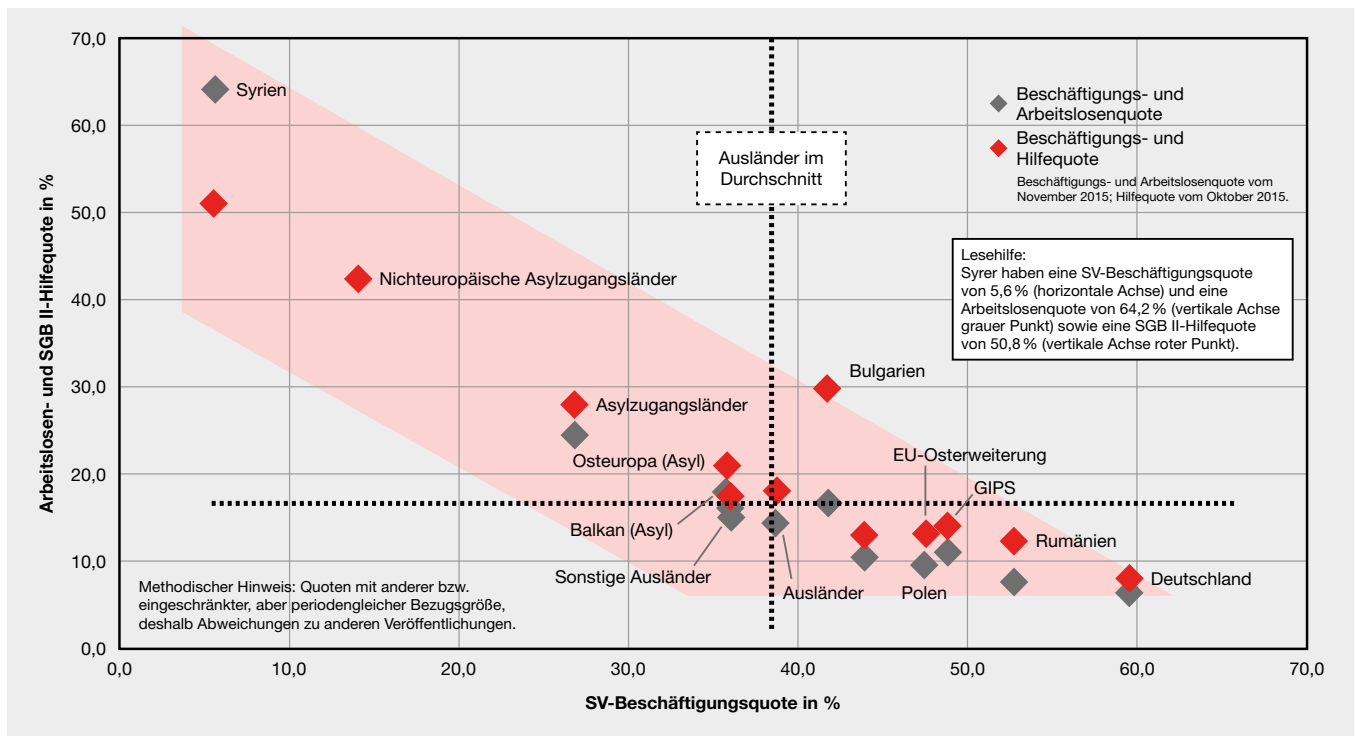


Diagramm 2: Beschäftigungs-, Arbeitslosen- und SGB II-Hilfequoten; Quelle: BA-Statistik 2016

Sozioökonomische Modellierung

Ausgehend von wenigen äußeren, „exogenen“ Vorgaben wird im ökonometrischen Projektions- und Simulationsmodell Modell INFORGE (Interindustry Forecasting Germany) unter Berücksichtigung wichtiger Bestandsgrößen (z. B. Bevölkerung, Haushalte, Wohnungen) die Entwicklung von Wirtschaftszweigen in einem konsistenten System „endogen“ errechnet. Die ermittelten Größen werden im Kontensystem der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gebucht. Der Projektionshorizont reicht aktuell bis 2035. Um den INFORGE-Kern gruppiert sich eine Reihe von Erweiterungen, die teils exogene Vorgaben liefern, teils vollständig in die Modellwelt integriert werden. Dazu zählen das sozioökonomische Bevölkerungsmodul DEMOS, das an die Bevölkerungsvorausberechnung der amtlichen Statistik anschließt, das umweltökonomische Modell PANTA RHEI und das Außenhandelsmodul TINFORGE. Das Modell Q-INFORGE liefert regelmäßige Projektionen der langfristigen Entwicklung von Qualifikationen und Berufen am deutschen Arbeitsmarkt, die Modelle REGIO und LÄNDER ermöglichen regionalisierte Anwendungen.

Die GWS-Modelle werden auch von der Autorengruppe Bildungsberichterstattung und vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit genutzt. In der sozioökonomischen Berichterstattung dienen sozialwissenschaftliche Umfragedaten und Datensätze der Arbeitsmarktstatistik dazu, die hoch aggregierten Daten der ökonometrischen Modelle auszudifferenzieren und durch Verteilungsinformationen zu ergänzen („Mikrofundierung“).

Wie das zusätzliche Arbeitskraftangebot wirkt, hängt jedoch wesentlich vom sogenannten Integrationseffekt ab. Bei den zugewanderten Flüchtlingen ist eine hohe Ausbildungs- und Erwerbsneigung anzunehmen, aber ihre Bildungs- und Erwerbschancen werden rechtlich und migrationspolitisch gestaltet und hängen von der Personalpolitik der Unternehmen ab. Auch wenn die Flüchtlinge zu drei Vierteln erwerbsfähig sind (IAB 2015b), beschränken Beschäftigungsverbot und Vorrangprüfung zunächst ihren Zugang zum Arbeitsmarkt, und ohne Spracherwerb und Qualifizierung können nur wenige erwerbstätig werden. Daher nimmt das IAB als Flüchtlingseffekt auch eine Zunahme der Arbeitslosigkeit und des SGB-II-Leistungsbezugs an. Diagramm 2 zeigt, wie sich die verschiedenen Gruppen der Zuwanderung nach den Beschäftigungschancen und dem Risiko der Arbeitslosigkeit und des SGB-II-Bezugs unterscheiden. Arbeitslosmeldung und Grundsicherungsbezug können für diese Personengruppe auch Schritte ins Beschäftigungssystem darstellen.

Die Modellierung des Arbeitsmarkts nach Qualifikationsniveau und

Berufsgruppen ergibt ab Mitte der 2020er Jahre eine wachsende demografische Lücke zwischen Nachfrage und Angebot an Arbeitskräften mit mittleren, nichtakademischen Berufsabschlüssen (Maier/Zika et al. 2014). Die wenigen verfügbaren Informationen über mitgebrachte Abschlüsse (BIBB 2016: 285) Sonnenburg/Stöver et al. 2016) deuten darauf hin, dass die zugewanderten Flüchtlinge nach weiterer schulischer Nachqualifizierung und Sprachförderung dazu beitragen könnten, Arbeits- und Fachkräfteengpässe in bestimmten Berufsfeldern im mittleren Qualifikationsbereich zu erweitern.

Typische Einwanderungsverläufe bereits Zugewanderter unterscheiden sich nach dem Anteil von Bildungs- und Erwerbszeiten und nach Auf- und Abstiegen gegenüber der Bildungs- und Erwerbsbiografie im Herkunftsland (Söhn 2015, 2014). Der Integrationseffekt wird davon abhängen, wie sich die zugewanderten Flüchtlinge auf die verschiedenen Verlaufsmuster verteilen. Für die migrationspolitische Gestaltung ist wesentlich, ob ihre Aufenthaltszeit bis zum Abschluss von Asylverfahren und bis zum rechtlichen Arbeitsmarktzugang für Qualifizierung genutzt wird.

Haushaltsstrukturen und Konsummuster

Von der Größe der Migrationshaushalte und der realisierten Erwerbsbeteiligung hängt ab, welchen Wohnungsbedarf sie haben und welche Güter sie nachfragen können. Noch stärker als bei der Abschätzung der Erwerbschancen begrenzt die Dateninfrastruktur die Möglichkeit, Annahmen zu Haushaltsbildung, Einkommens- und Konsumstrukturen der Flüchtlinge auf Informationen für vergleichbare, bereits zugewanderte Gruppen zu stützen. Hierzu besteht erheblicher Forschungsbedarf. Da die neu Zugewanderten jedenfalls einen hohen Nachholbedarf bei Ausstattungsgütern haben und nicht sparen können, werden ihre geringen Einkommen unmittelbar die Nachfrage privater Haushalte erhöhen. Die Bauinvestitionen werden auf ein Niveau steigen, das seit den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung nicht mehr erreicht wurde. Fraglich sind jedoch Finanzierung und Qualität der Baumaßnahmen: Zielen sie auf kurzfristige öffentlich-rechtliche Unterbringung oder auf dauerhaft angemessene Versorgung am allgemeinen Wohnungsmarkt? Jedenfalls werden bis zu 350.000 Fertigstellungen von Wohnungen bei einer Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus angestrebt (BMUB 2016).

Zunehmende sozialräumliche Ungleichheit

Die neue Zuwanderung wird regionale Disparitäten aller Voraussicht nach nicht abmildern, sondern verschärfen. Die erhöhte Zuwanderung wird zu Beginn steigende Beschäftigtenzahlen im Dienstleistungsbereich (z. B. Erziehung und Unterricht, Verwaltung, Gesundheit, Einzelhandel) auslösen. Davon profitieren städtische Regionen mit hohem Dienstleistungsanteil stärker (Stöver/Wolter 2015, Bieritz/Stöver et al. 2015). Zum anderen wird die Binnenwanderung der in Deutschland verbleibenden Zuwanderer vor allem westdeutsche Regionen mit starker Migrationsbevölkerung zum Ziel haben, während ostdeutsche Schrumpfbereiche mit einem geringen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund Wanderungsverlierer sein werden (Maretzke/Schlömer 2015). Auch zu den

Faktoren, welche die sozialräumliche Verteilung der Zuwanderung beeinflussen, ist weitere Forschung erforderlich.

3. Migrationspolitik ist Gesellschaftsgestaltung

Die unsichere politische Lage in vielen Herkunftsregionen und die ökonomische Sonderentwicklung Deutschlands sprechen dafür, die öffentlichen Haushalte, den Arbeits- und Wohnungsmarkt und die kommunale Daseinsvorsorge auf anhaltend hohe Zuwanderung einzustellen. Die Bevölkerung wird bis 2030 nicht zurückgehen, sie wird diverser. Diversität und unterschiedlichste Migrationsgeschichten werden die sozialstaatlichen Institutionen fordern und die deutsche Gesellschaft verändern. Die demografische Herausforderung besteht darin, eine Kombination gleichzeitiger, gegenläufiger Entwicklungen politisch zu gestalten. Am Arbeitsmarkt sind Investitionen in die Bildungs- und Erwerbsteilnahme der Zugewanderten Aufgaben einer gestaltenden Gesellschaftspolitik, und sie eröffnen Chancen für die sozioökonomische Entwicklung. Die eigentliche demografische Frage wird sein, wie „inklusiv“ sozialstaatliche Institutionen und sozioökonomische Strukturen für Migrant/innen gestaltet werden können und wie Verteilungskonflikte bearbeitet werden, kurz: wie viel Zuwanderung die Gesellschaft akzeptiert.

Literatur

- *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2016):* Wanderungsmonitoring: Erwerbsmigration nach Deutschland Januar bis September 2015. Nürnberg.
- *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2015):* Migrationsbericht 2013. Berlin; Nürnberg.
- *Bundesagentur für Arbeit – (2016):* Ergänzende Arbeitslosen-, Beschäftigungs- und Hilfequoten für Ausländer in der Migrationsberichterstattung. Nürnberg.
- *Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) (2016):* Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2016. Bonn.
- *Bieritz, Loreto; Stöver, Britta; Wolter, Marc Ingo (2015):* Doch noch nicht weniger und älter. Die Folgen der Zuwanderung für Arbeitsmarkt, Bauinvestitionen, Bildungsbranchen und Gesundheitswesen in Deutschland. Beitrag zur Tagung „Regionale Implikationen der Zuwanderung aus dem Ausland in Deutschland“ der Deutschen Gesellschaft für Demografie und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 3./4. Dezember 2015, Berlin.
- *Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (2016):* Bundesregierung beschließt Wohnungsbau-Offensive. Pressemitteilung Nr. 051/16 vom 09.03.2016. Berlin,
- *Fuchs, Johann; Kubis, Alexander; Schneider, Lutz (2015):* Langfristiges Erwerbspersonenpotenzial und Zuwanderungspotenziale: Regionale Implikationen. Beitrag zur Tagung „Regionale Implikationen der Zuwanderung aus dem Ausland in Deutschland“ der Deutschen Gesellschaft für Demografie und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 3./4. Dezember 2015, Berlin.
- *Gorodetski, Kristina; Mönnig, Anke; Wolter, Marc Ingo (2016):* Zuwanderung nach Deutschland. Mittel- und langfristige Projektionen mit dem Modell TINFORGE. GWS Discussion Paper 16/1, Osnabrück.
- *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2015a):* Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015. Aktuelle Berichte 14/2015. Nürnberg.
- *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2015b):* Flüchtlingseffekte auf das Erwerbspersonenpotenzial. Aktuelle Berichte 17/2015. Nürnberg.
- *Kaufmann, Franz-Xaver (2005):* Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Frankfurt am Main (Suhrkamp).
- *Maier, Tobias; Zika, Gerd; Wolter, Marc Ingo; Kalinowski, Michael; Helmrich, Robert (2014):* Engpässe im mittleren Qualifikationsbereich trotz erhöhter Zuwanderung. Aktuelle Ergebnisse der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis zum Jahr 2030 unter Berücksichtigung von Lohnentwicklungen und beruflicher Flexibilität. IBB-Report 23/14. Bonn.
- *Maretzke, Steffen; Schlömer, Claus (2015):* Aktuelle Zuwanderungen aus dem Ausland. Eine Herausforderung für die Erstellung regionalisierter Bevölkerungsprognosen. Beitrag zur Tagung „Regionale Implikationen der Zuwanderung aus dem Ausland in Deutschland“ der Deutschen Gesellschaft für Demografie und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 3./4. Dezember 2015, Berlin.
- *Prognos AG (2015):* Arbeitslandschaft 2040. Studie im Auftrag des Verbands der bayrischen Wirtschaft. München.
- *Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) (2015):* Ergebnisse der 39. Sitzung des RatSWD. Berlin.
- *Söhn, Janina (2014):* Back to School in a New Country? The Educational Participation of Adult Immigrants in a Life-Course Perspective. In: International Migration & Integration. DOI 10.1007/s12134-014-0401-1.
- *Söhn, Janina (2015):* Lebenslauforschung in Bewegung: Dis-/Kontinuitäten in grenzüberschreitenden Lebensläufen von Migrantinnen und Migranten. Beitrag zum Colloquium des SFB 882 „Von Heterogenitäten zu Ungleichheiten“, Universität Bielefeld, 21. Januar 2015.
- *Sonnenburg, Anja; Stöver, Britta; Wolter, Marc I. (2016):* Ansatzpunkte zur Abschätzung der ökonomischen Folgen der Flüchtlingszahlen und erste Quantifizierung. Osnabrück (GWS Discussion Paper 2016/3).
- *Stöver, Britta; Wolter, Marc I. (2015):* Ökonomische Wirkungen der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Osnabrück (GWS Discussion Paper 15/5).
- *Statistisches Bundesamt (StBA) (2015a):* Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Begleitheft zur Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes am 28. April 2015. Wiesbaden.
- *Statistisches Bundesamt (StBA) (2015b):* Vorläufige Wanderungsergebnisse 2014. Wiesbaden.
- *Statistisches Bundesamt (StBA) (2016):* Alterung der Bevölkerung durch aktuell hohe Zuwanderung nicht umkehrbar. Pressemitteilung vom 20.01.2016. Wiesbaden.